



»Wir können uns weiter so blamieren, oder wir machen es vernünftig mit den Bürgern«

Rede von Gregor Gysi, 25. Mai 2012

Gregor Gysi in der Debatte über die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu Flugrouten und Lärmauswirkungen beim Flughafen Berlin Brandenburg

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte findet statt, weil die Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke geantwortet hat. Es geht um eines der berühmten Großprojekte in Deutschland. Aber egal, welches Großprojekt ich nehme, ob ich an den Flughafen in Frankfurt oder an Stuttgart 21 denke: Es ist noch nie gelungen, die Bevölkerung so einzubeziehen, dass solche Großprojekte widerspruchsfrei realisiert werden konnten. Immer wurden Auseinandersetzungen in Kauf genommen. Genau so ist es beim Flughafen Berlin Brandenburg, der wohl den Namen Willy Brandt tragen soll. Was ist das Problem? Wenn man Großprojekte in einer Gesellschaft wie unserer startet, wird die Demokratie nur dann gewahrt, wenn man die

Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend einbezieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Man wird nie alle Widersprüche auflösen können; aber man muss das Gespräch suchen. Hier ist nun etwas ganz Groteskes passiert: Man hat sich bestimmte Flugrouten ausgedacht. Auf dieser Grundlage wurden Gespräche geführt und Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt. Dann meinte das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung beim Bundesverkehrsministerium: Wir nehmen ganz andere Routen. - Diese Routen waren bis dahin überhaupt noch nicht diskutiert worden und wurden ziemlich willkürlich gewählt, sodass mit denen, die jetzt betroffen sind, nie gesprochen worden ist. Die Betroffenen haben also keinen Lärmschutz, und diejenigen, die welchen haben, brauchen ihn gar nicht mehr. Ich muss sagen: Etwas Irreres habe ich überhaupt noch nicht erlebt, auch was die Kosten anbetrifft.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Nächste ist, dass zwei Seen betroffen sein sollten: der Wannsee und der Müggelsee. Bei beiden Seen gibt es auch Naturschutzgebiete. Da ist mir eines aufgefallen - das bin ich seit so vielen Jahren leid -: Wo geht Klaus Wowereit hin? Er protestiert dagegen, dass der Wannsee belastet wird; beim Müggelsee war er nie. Kann das nicht einmal aufhören?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ist es nicht unsere Pflicht, beide Seen zu schützen, das heißt den Müggelsee und den Wannsee?

(Sören Bartol (SPD): Was hat denn der Wolf gemacht?)

Das ist wirklich grotesk.

(Sören Bartol (SPD): Ja, das stimmt!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege Gysi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wellmann?

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Ja, gerne.

Karl-Georg Wellmann (CDU/CSU):

Kollege Gysi, sind Sie denn bereit, sich daran zu erinnern, dass Sie von der Linken in Berlin zehn Jahre lang Regierungsverantwortung getragen haben

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und dass es Ihr Parteifreund Wolf war, der als Wirtschaftssenator für den Flughafen zuständig war?

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Letzteres ist leider ein Irrtum; aber es ist wahr, dass wir in der Zeit in der Regierung waren. Es ist auch wahr, dass die besten Maßnahmen von uns gekommen sind.

(Beifall bei der LINKEN Lachen bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Passen Sie auf; ich werde Ihnen das gleich belegen. Dass Wowereit als Aufsichtsratsvorsitzender bei dem Termin derartig versagt hat, liegt nur daran, dass er jetzt mit der CDU und nicht mehr mit den Linken regiert. Das wäre bei uns gar nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgesehen davon tragen wir eine große Verantwortung. Mir geht es jetzt aber gar nicht um Parteien, sondern um die Betroffenen.

(Johannes Kahrs (SPD): Das merkt man aber nicht!)

Ich weiß schon, wer die Verantwortung auf Bundesebene trug; ich komme noch zu Herrn Wissmann und den anderen.

(Johannes Kahrs (SPD): Das ist doch reiner Populismus!)

Ich werde Ihnen darauf noch Antworten geben.

Die ganze Lärmproblematik gäbe es gar nicht, wenn man sich damals für Sperenberg entschieden hätte.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Mechthild Rawert (SPD))

Wer war gegen Sperenberg? Die Bundesregierung, mit Wissmann an der Spitze.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch jetzt gar nicht das Problem!)

Und warum? Weil Wissmann eine Konkurrenz zu den Flughäfen München und vor allen Dingen Frankfurt am Main verhindern wollte. Das steckte dahinter. Warum war Diepgen, der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin – übrigens in Koalition mit der SPD, nicht mit uns, wie Sie ja wissen –, gegen Sperenberg? Er hat erklärt, dass den Westberlinerinnen und Westberlinern eine Reise bis Sperenberg nicht zuzumuten sei, sondern maximal bis Schönefeld. Etwas Kleinkariertes habe ich nach Herstellung der deutschen Einheit überhaupt noch nicht gehört.

(Beifall bei der LINKEN - Stefanie Vogelsang (CDU/CSU): Der war der Auffassung, dass für die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ein Flughafen angemessen ist!)

Herr Stolpe war der Einzige, der für Sperenberg war. Aber der ist, wie es bei Sozialdemokraten üblich ist, umgefallen. Das ist die Wahrheit. Sonst hätten wir die Probleme, mit denen wir uns jetzt auseinandersetzen

müssen, überhaupt nicht.

(Johannes Kahrs (SPD): Herr Gysi, Sie bleiben deutlich unter Ihren Möglichkeiten! So eine schwache Rede!)

Ich sage Ihnen noch etwas: Das Bundesverwaltungsgericht hat das Nachtflugverbot in seiner Entscheidung leider nur von 0 Uhr bis 5 Uhr erteilt. Dagegen richtet sich eine Verfassungsbeschwerde. Wir werden abwarten, wie das Bundesverfassungsgericht darüber entscheidet. Möglicherweise muss sogar der Europäische Gerichtshof darüber entscheiden. Das lasse ich aber offen, weil es eine generelle Frage gibt: Was hat eigentlich Vorrang, wenn man einen Flughafen unmittelbar an der Grenze zu einer Hauptstadt baut? Ist es wirklich so, dass die Wirtschaftlichkeit Vorrang hat vor der Gesundheit Hunderttausender Bürgerinnen und Bürger?

(Patrick Döring (FDP): Sicherheit hat Vorrang!)

Der Maßstab, der dort angelegt wurde, ist überhaupt nicht vertretbar.

Wie hat das Bundesverwaltungsgericht seine Entscheidung begründet? Es hat unter anderem gesagt, dass bei einer Überschreitung von 55 Dezibel bei geschlossenen Fenstern Lärmschutz gewährt werden muss. Ich habe mich dann in einem Brief an die Bundeskanzlerin Sie tun immer so, als ob der Bund nicht zuständig sei; der Bund ist auch Eigner, das muss man hier einmal ganz klar sagen, den Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Ministerpräsidenten von Brandenburg gewandt und aufgezeigt, welche Probleme die Bürgerinnen und Bürger bei der Gewährung von Lärmschutz haben; denn wenn man schon ein derart enges Nachtflugverbot hat und wenn man schon Schönefeld statt Spereenberg genommen hat, dann könnte man doch wenigstens im Hinblick auf die Gewährung von Lärmschutz großzügig sein. Es ging darum, dass es

keinen Lärmschutz für Wintergärten gibt und dass gesagt wurde, manche Räume seien zu niedrig, es seien gar keine Räume im baurechtlichen Sinne. Das ist grotesk. Da wohnt eine Frau seit 40 Jahren in ihrem Haus, und dann wird ihr der Lärmschutz mit dieser Begründung verweigert. Das ist doch kleinkariertes Mist.

Jetzt haben Sie ihre Haltung allerdings das muss ich zugeben ein wenig geändert. Nun wurde entschieden, in all diesen Fällen die Lärmschutzmaßnahmen zu übernehmen sind. Durch den Druck der Bürgerinnen und Bürger und übrigens auch durch unseren Druck ist es erreicht worden, dass sich der Flughafenbetreiber zumindest diesbezüglich bewegt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Wellmann?

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man ihm in der Fraktion keine Redezeit gegeben?)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Ja.

Karl-Georg Wellmann (CDU/CSU):

Herr Kollege Gysi, ist Ihnen bekannt, dass Ihre Partei im Land Brandenburg mitregiert und dass das Land Brandenburg im Verhältnis der drei Eigentümer die Federführung bei der Errichtung des Flughafens hat?

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Mir war sehr wohl bereits bekannt aber ich danke Ihnen für den Hinweis, dass die Linke in Brandenburg regiert,

(Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ist Ihnen unangenehm!)

allerdings erst seit kurzer Zeit. Sie hat bereits einiges durchgesetzt.

(Lachen bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie mal zu! Sie hat durchgesetzt, dass jetzt auch für Wintergärten und für niedrige Räume Lärmschutz gewährt wird. Das ist das Verdienst der Linken in Brandenburg.

(Beifall bei der LINKEN - Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Linke schützt den Wintergarten!)

Das ist nicht Ihre Sorge. Sie wohnen ja auch nicht dort, Herr Trittin. Dann kann man immer eine große Klappe haben. Aber wenn man dort wohnt und derartig belastet wird, dann sieht man die Situation ganz anders.

(Beifall bei der LINKEN Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wusste, dass Sie sich so aufregen. Ich habe mich deshalb schon auf diese Debatte gefreut.

(Sören Bartol (SPD): So eine Trümmerpartei!)

Nun hat der Betreiber bei der Planfeststellungskommission in Brandenburg, die leider unabhängig ist, einen Antrag gestellt. Trotzdem kann und muss die Regierung Einfluss nehmen. Man will, dass festgestellt wird, dass täglich sechsmal die Marke von 55 Dezibel im geschlossenen Raum überschritten werden darf, bevor überhaupt Lärmschutzmaßnahmen greifen. Das widerspricht dem bisherigen Planfeststellungsbeschluss und vor allem darauf wird viel zu wenig eingegangen dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Das Bundesverwaltungsgericht führt auf Seite 122 seines Urteils aus: Dürfte es mehr als sechs Überschreitungen geben, dann würde ein solcher Umstand „jeder inneren Rechtfertigung entbehren“.

Sollte die Planfeststellungskommission wirklich der Meinung sein, dass die sechsmalige Überschreitung von 55 Dezibel bei geschlossenen Räumen zulässig ist, dann hieße das, dass die Rechtsgrundlage für die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aufgehoben ist. Das geht überhaupt nicht. Die Planfeststellungskommission muss sagen: Es bleibt dabei. Wenn einmal die Marke von 55 Dezibel überschritten ist, dann gibt es einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz.

(Beifall bei der LINKEN Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sei doch dem Wowereit mal dankbar!)

Jetzt zum Thema Verschiebung.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie wissen, dass Sie Ihre Redezeit überschritten haben?

(Lachen der Abg. Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann die ja verschieben!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Wissen Sie, wenn ich die ganze Zeit unterbrochen werde, dann kann ich keine klaren Ausführungen machen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz Folgendes sagen: Das ist eine Blamage. Das hat Provinzniveau.

(Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Ja, ja! Patrick Döring (FDP): Ihre Rede hat Provinzniveau!)
Klaus Wowereit ist immerhin der Vorsitzende des Aufsichtsrats.

(Christian Lange (Backnang) (SPD): Die Zeit ist um!)

Die Kontrolle hat vollständig versagt. Um diese Tatsache kommen Sie alle nicht herum. Wir können uns entscheiden: Blamieren wir uns weiterhin,

(Sören Bartol (SPD): So wie die Linkspartei!)

oder machen es endlich vernünftig, nämlich mit den
Bürgerinnen und Bürgern unter Gewährung eines
großzügigen Lärmschutzes.

(Beifall bei der LINKEN Dr. Martin Lindner (Berlin)
(FDP): Flugverbot zwischen 13 und 23 Uhr, oder so
etwas!)